

Entschließung der Kammerversammlung

Verbesserte Qualität der gesundheitlichen Versorgung durch verstärkte Kollegialität und Kooperation klinisch und niedergelassen tätiger Ärzte in Nordrhein

Das deutsche Gesundheitswesen steht noch in diesem Jahr vor erheblichen politischen Eingriffen und grundlegenden Veränderungen. Ziel ist insbesondere die stringente Budgetierung, die Einführung bzw. Erprobung neuer Vergütungs- und Organisationsformen, Eingriffe in die Verantwortung ärztlicher Organisationen, die Erhöhung des Einflusses der Gesetzlichen Krankenversicherung sowie neue Wettbewerbsbedingungen zwischen Kostenträgern, Leistungssektoren und Leistungserbringern.

Einige dieser geplanten Veränderungen sind mit erheblichen Risiken für die Gleichmäßigkeit, die Qualität, die Innovationsfähigkeit und die Zugänglichkeit der gesundheitlichen Versorgung bzw. Leistungen verbunden. Insbesondere die weitgehenden Eingriffe in die innere Struktur der Kassenärztlichen Vereinigung sowie die institutionelle Öffnung der Krankenhäuser für ambulante Leistungen gefährden die bewährten Strukturen des deutschen Gesundheitswesens.

Die nordrheinische Ärzteschaft mahnt unter Hinweis auf das gesundheitspolitische Programm der deutschen Ärzteschaft aus dem Jahre 1994 dagegen eine echte Reform der gesetzlichen Krankenversicherung - insbesondere durch die Neugewichtung der Prinzipien Solidarität, Subsidiarität und Eigenverantwortung - an und warnt insbesondere vor den mittel- und langfristigen Folgen einer Anbindung der Leistungs- und Ausgabenentwicklung im Gesundheitswesen an sachfremde ökonomische Indikatoren.

Die geplanten gesundheitspolitischen Eingriffe und insbesondere die damit einhergehenden verschärften Verteilungsfragen führen auch zu Gefährdungen der innerärztlichen Kooperation und Belastungen der Kollegialität.

Die nordrheinische Ärzteschaft geht davon aus, daß die Art, die Qualität und das Ausmaß der innerärztlichen Kooperation und Kollegialität für die Behandlungskontinuität und die Qualität der gesundheitlichen Versorgung der Bevölkerung von entscheidender Bedeutung sind, und daß diese patientenbezogene Zusammenarbeit und die Kollegialität allerdings auch der bewußten Pflege durch die ärztlichen Körperschaften bedürfen.

Ausgehend von diesen Grundpositionen unterstreicht die nordrheinische Ärzteschaft folgende Anliegen:

1. Die nordrheinische Ärzteschaft betont, daß trotz der unterschiedlichen Aufgaben der einzelnen Arztgruppen und der verschiedenen Fachgebiete die Einheit des Berufsstandes erhalten bleibt, und daß alle Ärzte sich mit ihrem Gelöbnis gemeinsamen Zielen und Idealen verpflichtet haben.
2. Die nordrheinische Ärzteschaft wird im Rahmen ihrer Möglichkeiten daran mitwirken, die Abstimmung, Kooperation und Integration im Gesundheitswesen mit dem primären Ziel der Sicherung der Kontinuität der Behandlung der Patienten voranzubringen.
Die Kammerversammlung begrüßt angesichts dieses Ziels die Gründung des Nordrheinischen Instituts für Qualität. Sie erwartet von diesem Institut Beiträge zu einer einheitlichen Behandlungsqualität in den Versorgungssektoren.
3. Die Kammerversammlung der nordrheinischen Ärzteschaft spricht sich ausdrücklich gegen alle Tendenzen der Auflösung und Schwächung der Kassenärztlichen Vereinigungen aus. Diese waren in den vergangenen Jahrzehnten in der Lage, eine qualifizierte und flächendeckende ambulante ärztliche Versorgung sicherzustellen. Im Rahmen eines ungeschmälernten Sicherstellungsauftrags besteht durchaus die Möglichkeit, neue Kooperations- und Organisationsformen zu prüfen und ggf. die vorhandenen Strukturen weiterzuentwickeln.
4. Die Krankenhausärzte sollen in Zukunft mit dem Ziel der Verbesserung der Behandlungsqualität die Möglichkeit erhalten, stärker in die fachärztliche, hochspezialisierte ambulante Versorgung der Patienten einbezogen zu werden, wenn diese Leistungserbringung personell und bedarfsorientiert erfolgt. Die Kammerversammlung appelliert an die klinisch und niedergelassen tätigen Kolleginnen und Kollegen in Nordrhein, alle Möglichkeiten der Verbesserung der Zusammenarbeit, der Kommunikation und Information zu nutzen.



Ein Schwerpunkt der Kammerversammlung war die ausführliche und zum Teil kontrovers geführte Diskussion über die Folgen der Gesundheitspolitik auf Kollegialität und Kooperation von niedergelassen und klinisch tätigen Medizinern. Einführend referierten Dr. Heinrich-Georg Stausberg (l.) als Vorsitzender des Vorstandsausschusses "ambulante Versorgung" der Ärztekammer Nordrhein und Rudolf Henke (r.) als Vorsitzender des Ausschusses "Krankenhausfragen". Die Kammerversammlung verabschiedete die hier dokumentierte Resolution mit großer Mehrheit.

Fotos: uma/privat

5. Die nordrheinische Ärzteschaft bekräftigt ihren Willen zur innerärztlichen Selbstkontrolle und Selbstregulierung. Die Ärztekammer vertritt die legitimen Interessen des ärztlichen Berufsstandes; gleich hohen Rang besitzt die Aufgabe, Verstößen gegen Gesetze und Berufsordnung nachzugehen und ggf. zu ahnden. Diese bezieht sich insbesondere auf Verstöße gegen die ärztlichen Pflichten (Verletzungen des Lebens, der Gesundheit und der persönlichen Integrität von Patientinnen und Patienten), aber auch darauf, Unkollegialität anzusprechen und ggf. angemessen zu sanktionieren.
6. Die Kammerversammlung appelliert an alle Ärzte, sich bei den Ankündigungen der Leistungsmöglichkeiten ärztlicher Kunst in allen Versorgungssektoren an die Regeln der Berufsordnung zu halten. Dies bedeutet insbesondere auch, daß der durch die wettbewerbliche Orientierung des Gesundheitswesens verstärkte Berichts- und Darstellungsdruck in den elektronischen und Printmedien ausschließlich der sachlichen Information dienen muß und nicht zur Herausstellung der Person des Arztes oder seiner Einrichtung führen darf. Öffentliche Verunglimpfung einzelner Kollegen, die als Konkurrenten erscheinen mögen, stellt eine besonders schwerwiegende Form der Unkollegialität dar.
7. Die Fragen der Aufgabenverteilung, der informationellen und praktischen Kooperation, der gemeinsamen Nutzung vorhandener Infrastrukturen sowie die Entwicklung von Spielregeln in der Zusammenarbeit mit den Medien bedürfen der permanenten Abstimmung und Kommunikation im regionalen Kontext. Die Kammerversammlung spricht sich dafür aus, in jeder Kreisstelle der Ärztekammer Nordrhein die vorhandenen Organe und Gremien verstärkt hierfür zu nutzen bzw. Arbeitskreise klinisch und niedergelassen tätiger Ärzte einzurichten, in denen alle Probleme, Kooperationsmöglichkeiten, aber auch Konflikte thematisiert werden können, um Zusammenarbeit und Kollegialität zu fördern.